

Niederschrift

über die 17. Sitzung (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung
am Dienstag, **13.02.2007**, 17:05 Uhr,
Konferenzzimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Herr Olaf Bloch , Herr Josef Messing , Herr Andreas Nicklas , Frau Ursula Schaffstein , Herr Stefan Weber , Frau Simone Wendland ,

von der SPD-Fraktion

Frau Elke Leiendecker , Frau Yeliz Tolan ,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Herr Heribert Klas , Herr Thomas Marczinkowski ,

von der FDP-Fraktion

Herr Hans Varnhagen ,

von der Fraktion UWG-MS/ödp

Herr Fritz Pfau ,

von der Verwaltung

Frau Martina Arndts-Haupt , Herr Erwin Goerke , Herr Winfried Hagel , Herr Dr. Wolf Heinrichs , Frau Michaela Heuer , Frau Annemarie Janetzki (zu TOP 2), Herr Horst-Werner Koch (zu TOP 6),

für die Schriftführung

Frau Andrea Gottlob ,

Es fehlten:

Herr Georg Berding , Herr Kurt Pölling , Herr Werner Quante , Herr Florian Steinforth , Frau Dr. Rita Stein-Redent ,

Tagesordnung:

- | | | |
|-------------------------|----|--|
| | 1. | Eingänge und Mitteilungen |
| | 2. | Mündlicher Bericht zur Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements |
| <u>V/0926/2006</u>
V | 3. | Präventionskonzept Coerde - Entwicklung und Ausbau frühzeitiger Präventionsangebote sowie Aufbau eines sozialen Frühwarnsystems im Stadtteil Coerde |
| <u>V/0056/2007</u>
I | 4. | Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten der Verkaufsstellen am 03.06.2007 zu der Veranstaltung "5. Gremmendorfer Straßenfest" |
| <u>V/0055/2007</u>
I | 5. | Leitlinie zur Genehmigungspraxis bei der Freigabe von Verkaufssonntagen nach dem Ladenschlussgesetz (V/0691/2005) |
| | 6. | Bericht zur Situation im Bereich Graffiti und illegalen Schmierereien |
| <u>V/0047/2007</u>
I | 7. | Förderung der Beschäftigung schwer behinderter Menschen und Förderung der Ausbildung behinderter und schwer behinderter Jugendlicher (Vorlage V/0433/2006 1. Erg.) |
| | 8. | Verschiedenes |

Punkt 1 der Tagesordnung**Eingänge und Mitteilungen**

Keine Eingänge und Mitteilungen

Punkt 2 der Tagesordnung**Mündlicher Bericht zur Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements**

Frau Dr. Janetzki gab in einem Kurzvortrag einen Bericht zur Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF). Sie stellte anhand des Beispiels „Allgemeine und besondere Gefahrenabwehr“ aus dem Bereich des Ordnungsamtes die Unterschiede zur kameraleen Haushaltsführung sowie die Besonderheiten und Neuerungen, die sich durch das NKF ergeben, dar.

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung bedankte sich für die Ausführungen und nahm den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 3 der Tagesordnung
V/0926/2006**

**Präventionskonzept Coerde - Entwicklung und
Ausbau frühzeitiger Präventionsangebote sowie
Aufbau eines sozialen Frühwarnsystems im Stadt-
teil Coerde**

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages zu empfehlen:

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, das nachfolgend beschriebene Erziehungshilfeprojekt ab Beginn des Jahres 2007 in Coerde für drei Jahre als Modell, mit der Zielsetzung der Entwicklung und dem Ausbau frühzeitiger Präventionsangebote sowie dem Aufbau eines sozialen Frühwarnsystems, umzusetzen.
2. Der Rat stimmt zu, dass für den Stadtteil Coerde eine Koordinationsstelle (1,0 Stelle) für eine/-n Dipl. Sozialarbeiter/-in bzw. eine/-n Dipl. Sozialpädagogin/-en befristet für drei Jahre (2007-2009) eingerichtet wird. Die Stelle wird in zwei 0,5 Stellen aufgeteilt. Eine 0,5 Koordinationsstelle wird im Kommunalen Sozialdienst, Bezirk Nord befristet eingerichtet. Die zweite 0,5 Koordinationsstelle soll bei einem freien Träger im Sozialbezirk Coerde angesiedelt werden. Sie wird im konsensualen Verfahren in Rückkopplung zum Arbeitskreis Coerde besetzt. Sinnvoll ist hier, eine zentral tätige Fachkraft aus dem Stadtteil auszuwählen. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem ausgewählten Träger eine Leistungsvereinbarung abzuschließen.
3. Der Rat stimmt zu, dass die anfallenden Personalkosten und die weiteren Projektmittel für zunächst drei Jahre (2007 – 2009) mit 60.000 € jährlich aus Haushaltsmitteln der Hilfen zur Erziehung (HH St. 4551.770.0000.X) aufgewendet werden. Dies ist möglich, da durch den präventiven Ansatz des Projektes Einspareffekte im Bereich der kostenintensiven Hilfen zur Erziehung erwartet werden.
4. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Verwaltung im Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien in jährlichen Abständen über das Erziehungshilfeprojekt in Coerde berichtet.
5. Mit der Beschlussfassung zu dieser Vorlage sind die Anliegen folgender Anträge in Bezug auf den Sozialraum Coerde aufgegriffen worden:
 - den Antrag der CDU-Fraktion „Präventive Hilfen zur Erziehung“ vom 22.02.2005 (Anlage 1),
 - den Ratsantrag der Fraktion Bündnis 90/GAL „Alle Chancen von Anfang an!“ vom 02.05.2005 (Anlage 2),
 - den Ratsantrag der CDU-Fraktion und FDP-Fraktion „Trägerübergreifendes Forum zur Koordinierung und Bündelung der Angebote schaffen“ vom 01.02.2005 (Anlage 3) und
 - den Ratsantrag der SPD-Fraktion "Keine Schultüte ohne Deutschstunde - vorschulische Sprachförderung für jedes Kind" vom 03.05.2005 (Anlage 4).

Kosten/Folgekosten

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass in den Haushaltsjahren 2007 bis 2009 Kosten von 60.000 € jährlich für Personal und Projektmittel entstehen.

Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt über Veränderungsblätter im Entwurf des Haushaltsplans 2007 zu veranschlagen:

Ausgaben				
Haush.- stelle	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkung
4551.760.9000.7	Präventionsprojekt Coerde	2007- 2009	je 60.000 €	neue HHSt.
4551.770.0000.X	Heimerziehung, betreute Wohnform, Abklärung	2007- 2009	je -60.000 € ¹	Reduzierung HH-Ansatz

**Punkt 4 der Tagesordnung
V/0056/2007**

Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten der Verkaufsstellen am 03.06.2007 zu der Veranstaltung "5. Gremmendorfer Straßenfest"

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages zu empfehlen:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

Die als Anlage beigefügte ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten der Verkaufsstellen am 03.06.2007 zu der Veranstaltung „5. Gremmendorfer Straßenfest“ wird beschlossen.

II. Kosten/Folgekosten

Es entstehen keine Kosten und keine Folgekosten.

Die Anlage ist dem Original dieser Niederschrift beigefügt.

¹ Einsparung im Bereich der kostenintensiven Hilfen zur Erziehung. Wie in der Vorlage „Controlling im Bereich der Hilfen zur Erziehung“ vom 20.05.2005 (Vorlage 0421/2005) ausgeführt, ist es Ziel des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien, die Kosten für stationäre und teilstationäre Unterbringungen durch den verstärkten Einsatz kostengünstiger ambulanter und präventiver Maßnahmen konstant zu halten und mittelfristig zu senken.

**Punkt 5 der Tagesordnung
V/0055/2007**
**Leitlinie zur Genehmigungspraxis bei der Freigabe
von Verkaufssonntagen nach dem Ladenschluss-
gesetz (V/0691/2005)**

Herr Dr. Heinrichs ging kurz inhaltlich auf die Berichtsvorlage ein. Insbesondere stellte er die Änderungen in der Genehmigungspraxis bei der Freigabe von Verkaufssonntagen in den 3 entscheidenden Punkten dar:

1. Die bislang einschränkende Voraussetzung, dass ein besonderer Anlass (z.B. Märkte oder Messen) erforderlich war, entfällt künftig
2. Entgegen der bisherigen Regelung ist es nunmehr grundsätzlich möglich, einen Adventssonntag frei zu geben
3. Die Anhörung der Sozialpartner wie Kirchen, Gewerkschaften usw. vor Erlass von Verordnungen über die Freigabe von Verkaufszeiten an Sonn- und Feiertagen ist nicht mehr erforderlich.

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung nahm die Ausführungen und die Berichtsvorlage zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung
Bericht zur Situation im Bereich Graffiti und illegalen Schmierereien

Herr Koch gab dem Ausschuss einen umfassenden Überblick zur Situation im Bereich Graffiti und illegaler Schmierereien.

Zum 31.12.04 sei durch Beschluss des Hauptausschusses das bis dahin erfolgreich verlaufende Projekt „Maßnahmen gegen Graffiti und wildes Plakatieren“ eingestellt worden. Die Mitarbeit der städtischen Ämter sei in der vom Kriminalpräventiven Rat (KPR) eingerichteten Ordnungspartnerschaft Graffiti (OPSG) fortgesetzt worden. Im September 2006 habe Obm dann im VV festgestellt, dass die Zahl der Graffiti wieder zugenommen habe. Darauf hin seien Sofortmaßnahmen wie z.B. verstärkte Aufmerksamkeit des Außendienstes auf neue Verunreinigungen etc. eingeleitet worden.

Die Polizei habe ebenfalls im September 2006 in der Sitzung der OPSG die Entwicklung der Fallzahlen und die entsprechenden Schadenssummen vorgestellt:

2003	=	272.000 €
2004	=	144.000 €
2005	=	192.000 €
2006	=	320.000 €.

Die Kosten haben sich nach Einstellung des Projektes zum Jahr 2006 damit mehr als verdoppelt.

Aufgrund dieser Situation sei entschieden worden, durch Umschichtung im Ordnungsamt erneut eine Kraft für die Koordinierung städtischer Aktivitäten zur Prävention und zum Entfernen von Graffiti von kommunalen Objekten einzusetzen. An diesem Arbeitsplatz würden allerdings noch andere Aufgaben wie das WC-Management übernommen. Die interne Ausschreibung sei im November 2006 geschaltet worden. Zeitgleich habe das Ordnungsamt mit allen beteiligten Ämtern (Liegenschaftsamt, Amt für Gebäudemanagement, Amt für Schule und Weiterbildung etc.) ein Abstimmungsgespräch geführt, um zu einem neuen, einheitlichen Meldeweg sowie zur Ver-

einheitlichung und Beschleunigung der Vorgangsbearbeitung zu kommen.

Anfang Januar 2007 habe das Ordnungsamt eine Bestandsaufnahme im Rahmen einer Blitzumfrage bei den Ämtern durchgeführt. Ergebnis sei, dass wegen nicht vorhandener oder freigegebener Mittel keine Graffiti beseitigt würden. Darauf hin seien kurzfristig entsprechende Mittel durch die Stadtkämmerin freigegeben worden, so dass bereits Aufträge zur Beseitigung vergeben werden konnten (z.B. Hermannschule, Uppenbergsschule, Gartenstraße, Engelenschanze etc.). Darüber hinaus seien Ortstermine an problematischen Objekten bereits vereinbart.

Als Ausblick stellte Herr Koch dar, dass durch die Arbeitsaufnahme des neuen Mitarbeiters, Herrn Ahlmann, kurzfristig die Koordination städtischer Aktivitäten gesichert sei. Eine wichtige Aufgabe sei, die im alten Projekt erarbeiteten Beziehungsgeflechte, die zu dem seinerzeitigen Erfolg beitragen hätten, wieder aufleben zu lassen.

Im Anschluss an seine Ausführungen beantwortete Herr Koch die Fragen aus dem Ausschuss.

Herr Klas erklärte, als Mitglied des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung lobe er zwar die schnelle und hoch flexible Reaktion der Verwaltung bezüglich der Mittelbereitstellung, aber in seiner Funktion als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses sehe er hierin einen Verstoß gegen das geltende Haushaltsrecht. Herr Dr. Heinrichs nahm dazu Stellung.

Frau Schaffstein betonte für die CDU-Fraktion die sehr große Dringlichkeit, das Problem „Graffiti“ in den Griff zu bekommen. Dies insbesondere in Bezug auf den Wettbewerb „Entente florale“, an dem sich die Stadt Münster beteilige. Es müsse sicher gestellt sein, dass bei der Begehung durch die Gutachter im Sommer die Stadt Münster sich in einem sauberen und ordentlichen Zustand insgesamt, aber vor allem mit den städtischen Objekten/Gebäuden präsentiere.

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung stimmte dem Vorschlag von Herrn Weber zu, in ca. einem Vierteljahr erneut einen Bericht des Ordnungsamtes zur Problematik „Graffiti“ zu erhalten.

Im Übrigen bedankte sich Herr Weber bei Herrn Koch für die umfassenden Ausführungen.

Punkt 7 der Tagesordnung V/0047/2007

Förderung der Beschäftigung schwer behinderter Menschen und Förderung der Ausbildung behinderter und schwer behinderter Jugendlicher (Vorlage V/0433/2006 1. Erg.)

Herr Goerke ging inhaltlich ausführlich auf die Möglichkeiten zur Förderung der Beschäftigung schwer behinderter Menschen und die Förderung der Ausbildung behinderter und schwer behinderter Jugendlicher ein. Bezüglich der Vergabe an Werkstätten für behinderte Menschen könne ab 2007 von einer Steigerung des Auftragsvolumens ausgegangen werden.

Herr Goerke erläuterte die Situation bei den Ausbildungsplätzen und stellte fest, dass entsprechend der Tendenz der letzten Jahre trotz konkreter und vermehrter Ansprachen nur in sehr geringem Umfang Bewerbungen von schwer behinderten Menschen eingegangen seien. Die Auswahlverfahren für 2007 liefen zurzeit noch. Konkrete Zahlen lägen daher noch nicht vor. Die Tendenz der letzten Jahre scheine sich jedoch weiterhin zu bestätigen.

Im Gegensatz zur Situation bei den Ausbildungsplätzen sei jedoch die Anzahl der Bewerbungen um einen Praktikumsplatz in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Tatsächlich würden diese Praktika dann auch durchgeführt werden können. Hier bestehe also ein großer Bedarf, dem weitgehend entsprochen werde.

Herr Weber bedankte sich im Namen des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung bei Herrn Goerke für die ausführlichen Erläuterungen. Er gab darüber hinaus den Hinweis auf die jährlich zu erstellende Berichtsvorlage an den Hauptausschuss zur allgemeinen Beschäftigungssituation für schwer behinderte Menschen, die auch dem Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung im Sommer 2007 wieder zur Beratung vorgelegt werde.

Punkt 8 der Tagesordnung

Verschiedenes

Herr Weber wies auf den Antrag der CDU-Fraktion vom 13.02.07 „Fahrradparken am Hauptbahnhof weiter optimieren“. Der Antrag wurde in der Sitzung an die anwesenden Mitglieder verteilt und ist dem Original dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Klas bat die Verwaltung und den Personalrat, zur nächsten Sitzung einen kurzen Bericht zu den gravierenden Änderungen des Landespersonalvertretungsgesetzes zu geben. Die Verwaltung wird diese Bitte aufgreifen.

Herr Varnhagen sprach dem Ordnungsamt seinen Dank für die Reaktion in der Angelegenheit „Kuhstraße – Destille“ aus. Das sei schnell und flexibel geregelt worden.

Herr Klas erklärte, er habe Hinweise bekommen, dass Geschäftsleute des Prinzipalmarktes über Anwohnerparkausweise für den Bereich „Domplatz“ verfügten, obwohl sie dort gar nicht wohnten. Er bat um eine entsprechende Stellungnahme der Verwaltung. Die Verwaltung wird auch diese Bitte aufgreifen.

Ende der Sitzung: 17:55 Uhr

Gez.
Stefan Weber
Vorsitz

Gez.
Andrea Gottlob
Schriftführung